

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 27. Februar 2013

116. Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena und Urs Fehr betreffend Hausbesetzung im Quartier Hottingen, Strategie der Stadtpolizei im Zusammenhang mit illegalen Partys und Hausbesetzungen

Am 14. November 2012 reichten die Gemeinderäte Mauro Tuena (SVP) und Urs Fehr (SVP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2012/420, ein:

In der Nacht vom Freitag, 9. November 2012 auf Samstag, 10. November 2012 wüteten Hausbesetzer im Quartier Hottingen im Zürcher Kreis 7. Die angerichteten Sachschäden auch in der Umgebung der besetzten Liegenschaft sind enorm. Gemäss verschiedenen Medienberichten rückte die Polizei trotz mehreren Anrufen nicht aus.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Umfang hatte die Polizei im Vorfeld der Nacht vom 9. auf den 10. November 2012 Kenntnis über diese geplante Hausbesetzung?
2. Wann gingen bei der Polizei die ersten Lärmklagen der illegalen Party ein? Wie viele besorgte Mitmenschen meldeten sich bei der Polizei?
3. Warum rückte die Polizei trotz mehreren Lärmklagen nicht aus?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass eine grössere Ansammlung von Personen unbehelligt wüten und grossen Sachschaden anrichten kann, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden?
5. Wie verhält sich der Stadtrat bei künftigen, illegalen Hausbesetzungen?
6. Wie verhält sich der Stadtrat bei künftigen, illegalen Partys mit grösseren Teilnehmerzahlen?
7. Wie rechtfertigt der Stadtrat die massiven Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit dem Nichteinschreiten der Polizei?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Am Freitag, 9. November 2012, 22.19 Uhr, meldete ein Passant telefonisch an die Einsatzzentrale der Stadtpolizei, dass eine Ansammlung von Personen in die leer stehende Umbauliegenschaft an der Hottingerstrasse 44 einzudringen versuche. Vorgängig lagen der Polizei keine Informationen vor. Es meldeten sich im Zusammenhang mit der illegalen Party rund 15 Personen bei der Einsatzleitzentrale in dieser Nacht.

Zu Frage 3: Bereits um 22.26 Uhr traf ein Streifenwagen der Stadtpolizei vor Ort ein und nahm Kontakt mit den Personen auf. Diese gaben an, nur eine Nacht in der Liegenschaft verbringen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Vorbereitungshandlungen für eine grosse Party oder Sachbeschädigungen zu erkennen. Nach erfolgter Information der Einsatzzentrale und des zuständigen Pikettoffiziers wurde der Streifenwagen wieder in den an Wochenenden sehr intensiven Patrouillendienst für weitere Einsätze eingesetzt.

Im Zeitfenster zwischen 22.30 und etwa 24.00 Uhr fanden mehrere Telefongespräche zwischen dem Pikettoffizier, den Fachspezialistinnen bzw. Fachspezialisten und der Einsatzzentrale statt. Vor Mitternacht erfolgte eine Rücksprache mit dem Hauseigentümer, daraus resultierte der Entscheid, die illegale Party im Haus gewähren zu lassen und nach dem Wochenende weitere Schritte einzuleiten.

Die polizeiliche Einschätzung stellte sich in der Folge als unzutreffend heraus, die Personenzahl wuchs sehr rasch auf eine Zahl über 100. Aufgrund der hohen Risiken, die bei einer Räumung in einer Abbruchliegenschaft für die Partyteilnehmenden und die Polizei entstehen und in Absprache mit dem Hausbesitzer wurde auf eine Intervention im Gebäude verzichtet.

Zu Frage 4: In der Stadt Zürich finden regelmässig illegale Partys statt. Häufig erfährt das die Polizei nicht, da sich niemand gestört fühlt. Im Normalfall kommt es zu keinen grösseren Sachschäden. Aus diesem Grund konnte nicht mit einem derartigen Verlauf gerechnet werden.

Der Verlauf dieser illegalen Party ist in zwei Phasen zu unterscheiden: In der ersten Phase erfolgten ausserhalb der besetzten Abbruchliegenschaft keine Sachbeschädigungen. Der Hausbesitzer verzichtete in dieser Phase auf eine Räumung und einen Strafantrag. In der zweiten und wesentlich kürzeren Phase erfolgten Sachbeschädigungen an Liegenschaften in der Umgebung.

Eine Intervention *im* Gebäude wäre auch mit starken Kräften aufgrund der Risiken für die zahlreichen Partyteilnehmenden und die Polizei kaum in Frage gekommen. Die polizeiinterne Nachbereitung hat jedoch gezeigt, dass der Verzicht auf einen Zusammenzug von Einsatzmitteln falsch war. Damit hätten unter Umständen Sachbeschädigungen *ausserhalb* der Abbruchliegenschaft unterbunden werden können.

Ein Täter konnte nachträglich zur Anzeige gebracht werden, weitere Ermittlungen sind noch im Gang.

Zu Frage 5: Der Stadtrat hat seine Praxis in Bezug auf die Räumung besetzter Liegenschaften wiederholt, letztmals in den Schriftlichen Anfragen, GR Nr. 2012/274, dargelegt.

Zu Frage 6: Die Intervention bei illegalen Partys hängt immer von der Lageeinschätzung vor Ort ab. Grundsätzlich richtet sich das polizeiliche Handeln in solchen Fällen nach dem Verhältnismässigkeitsprinzip.

Die Stadtpolizei ist an der Umsetzung des Pilotprojekts «Neues Alarmierungskonzept». Möglichst viele Mitarbeitende der Stadtpolizei werden künftig unter ihrer privaten Handynummer telefonisch oder per SMS erreichbar sein, womit die Erreichbarkeit und damit die Verfügbarkeit der Mitarbeitenden verbessert werden. Somit sollte es in Zukunft möglich sein, bei Bedarf ein grösseres Aufgebot rasch zusammenziehen zu können.

Zu Frage 7: Aufgrund der in den Eingangsfragen dargelegten Lageeinschätzung und den Erfahrungen aus früheren illegalen Partys in Abbruchliegenschaften (normalerweise keine Sachbeschädigung ausserhalb der Liegenschaften), war die Reaktion der Stadtpolizei zum Zeitpunkt des Geschehens nachvollziehbar. Die Stadtpolizei hat jedoch nachträglich erkannt, dass die Einschätzung falsch war und mehr Einsatzmittel hätten zusammengezogen werden müssen. Sowohl eine systematische Nachbereitung aller Fälle als auch das Pilotprojekt «Neues Alarmierungskonzept» wird helfen, in Zukunft besser auf solche Vorfälle reagieren zu können.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti